

Eine bayrische Gesandtschaft in Frankreich 1647¹.

Der Gegensatz Bayerns zur Vormacht in Deutschland ist uralt, und sehr alt ist auch das Streben Frankreichs, ihn den eigenen Zwecken dienlich zu machen. In früheren Jahrhunderten kämpfte Bayern gegen die Übergewalt Österreichs an; der Streit zwischen den Häusern Wittelsbach und Habsburg beginnt bereits mit dem Aufkommen des Habsburgischen Donaustaates, „der ja vornehmlich auf Kosten des bayrischen Herzogtums erweitert wurde und der im eigenen Interesse jeden Machtzuwachs des bayrischen Herzogtums fernhalten zu müssen glaubte“².

Seit ihrem Erstarken im 16. Jahrhundert erblickte die französische Monarchie in den Habsburgern ihre gefährlichsten Wettbewerber, sie mußte in den bayrischen Herzögen die natürlichen Verbündeten sehen. So setzen seit dem 16. Jahrhundert die französischen Werbungen um Bayern ein. Maximilian I. kommt in seiner Instruktion für die Abgesandten nach Paris vom 2. Mai 1647 auf die „alten zwischen der Cron Frankreich und unserm Hauß gepflogenen Fründtschafft, correspondenz und verbündtungen“ und erwähnt als ersten Freund Bayerns „Franciscum primum Valesium“, jenen Franz I., der zeitlebens mit Karl V. im Kriege lag. 1532, 1534 und 1536 sandte er Briefe und Gesandte nach München. Be-

¹ Neben andern Veröffentlichungen haben bei den nachfolgenden Ausführungen besonders gebietet die allgemeineren Werke von Wilhelm Schreiber, Maximilian I., der Katholische (München 1868); Siegmund Riezler, Geschichte Bayerns, V. Band, 1597—1848 (Gotha 1903); M. Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns, I. Band, 3. Aufl. (München 1916), sowie die Spezialarbeiten: Herm. Frhr. v. Egloffstein, Baierns Friedenspolitik von 1645 bis 1647 (Leipzig 1898); Ludwig Steinberger, Die Jesuiten und die Friedensfrage 1635—1650 (Freiburg 1906); Siegmund Riezler, Bayern und Frankreich während des Waffenstillstands von 1647 (Sitzungsberichte der Münch. Akad., philos.-philol. u. histor. Klasse 1898, II. Band, 493 ff.). Vor allem wurden aber benutzt mehrere Aktenbände des Geh. Staatsarchivs in München unter dem Titel: J. v. Gronsfeld und Maiera's Negociation in Paris 1647, besonders die Bände: A. schw. 279/2 u. 279/3.

² M. Doeberl, Bayern und Frankreich vornehmlich unter Kurfürst Ferdinand Maria (München 1900) 4.

sonders lebhaft werden die Beziehungen unter den Königen Ludwig XIII. und XIV. Seit Richelieu, der den Kampf gegen Habsburg zum Mittelpunkt der auswärtigen Politik Frankreichs machte, ist die Förderung Bayerns geradezu ein Regierungsgrundsatz Frankreichs geworden.

Der Große Kurfürst von Bayern, Maximilian I. (1598—1651), wußte diesen Rückhalt an Frankreich wohl zu schätzen und nötigenfalls auch gegen den Kaiser auszuspielen. Als durch die Siege Wallensteins die Macht des Kaisers erstarbte, und Maximilian aus seiner beherrschenden Stellung in Deutschland gedrängt, ja in seinen neuen Erwerbungen bedroht wurde, verdichteten sich noch die Beziehungen des Bayernfürsten zu Frankreich, das früher fast allein für die Übertragung der pfälzischen Kurwürde an Maximilian eingetreten war. 1631 kam es nach längeren Verhandlungen zu einem Schutzbündnisse. Auf acht Jahre wurde es geschlossen, aber es hielt nicht so lange; denn Frankreich blieb im Bunde mit den Schweden und unterstützte die Protestanten. So erkalteten die Beziehungen zu dem eifrig katholischen Herrscher, und als Frankreich 1635 offen in den Krieg gegen den Kaiser und die katholischen Stände eingriff, zögerte Maximilian nicht, seine gefürchtete „Armada“ auch gegen den Bundesgenossen ins Feld zu führen.

Der Krieg brachte Jahre hindurch keine Entscheidung, er bedeckte nur Deutschland mit Trümmern und drohte bei ungünstigem Ausgang zur vollen Vernichtung der katholischen Religion im Reiche zu führen. Unter diesem Eindruck vollzog sich seit 1639 in der Politik Maximilians, des Vorkämpfers der kirchlichen Sache, ein großer Umschwung. Die alten Pläne eines starken katholischen Friedens wurden begraben, er wollte nur noch einen Vermittlungsfrieden, bei dem Bayern die neugewonnene Oberpfalz und Kurwürde behielt und die Kirche ihren Besitzstand von 1618 bewahrte. Der alte Widerstreit des Wittelsbachers gegen Habsburg und die Säumigkeit und Unordnung in der kaiserlichen Kriegsführung, die an manchen Mißerfolgen die Schuld trugen, haben es dem deutschen Herzen Maximilians wohl leichter gemacht, sich mit den schweren Opfern abzufinden, durch die Österreich diesen Frieden bezahlen sollte. Er gestand Frankreich die verlangte „Satisfaction“, das österreichische Elsaß und andere benachbarte Besitzungen zu¹. Damals ging das Elsaß Deutschland verloren. Unermüdllich war

¹ Über den Umfang der damaligen Forderungen und Erwerbungen Frankreichs vgl. Alois Schulte, Frankreich und das linke Rheinufer (Stuttgart 1918) 134 ff.

nun Maximilian für den Frieden tätig; je mehr das Elend in Deutschland wuchs, um so mehr steigerte er seine Bemühungen. Seit 1639 begannen auch seine Versuche, mit Frankreich wieder anzuknüpfen, um es von Schweden zu trennen. Nach langen Verhandlungen kam es 1640 zu einer geheimen Zusammenkunft von bayrischen und französischen Vertretern in Einsiedeln, und 1645 sandte der Kurfürst seinen Beichtvater, den Jesuiten Verbaug, nach Paris an Mazarin. Nachdem endlich 1644 die Friedensverhandlungen in Münster und Osnabrück begonnen hatten, stand er seit 1645 durch seine Bevollmächtigten Haslang und Krebs in ständigem Austausch mit den französischen Gesandten. Lange scheiterten alle Verhandlungen theils an den maßlosen Forderungen der Schweden und Protestanten, theils an dem Widerstand der Österreicher, die ihre Lande nicht Frankreich ausliefern wollten. Schon drohte Maximilian dem Kaiser mit einem Sonderfrieden, wenn er sich nicht bald zu dem Opfer verstände. 1646 endlich gab Ferdinand III. nach. Im März erklärte er sich bereit, das ganze Elsaß abzutreten, im Mai auf Breisach zu verzichten und im September schließlich noch den Franzosen das Besatzungsrecht von Philippsburg einzuräumen. Der Friede schien gesichert. Aber doch standen Bayern die schlimmsten Zeiten bevor.

Im Spätsommer brachen die Schweden, die den Frieden nicht wollten, in Bayern ein. Der Kurfürst mußte nach Wasserburg am Inn flüchten. Vor seinen Augen ging das Land in Flammen auf. Das ungeheure Elend ließ den Kurfürsten auf die äußersten Mittel finnen. Im Oktober schlugen Frankreich und Schweden den Kaiserlichen einen Waffenstillstand vor¹. Die Österreicher wollten bei einer so ungünstigen Lage des Feldzuges nicht in Verhandlungen eintreten. Auch Maximilian traute den Gegnern nicht, aber die Not war stärker. Am 28. Dezember 1646 erteilte er seinen Bevollmächtigten den Auftrag, die Verhandlungen zu beginnen, auch wenn die Kaiserlichen nicht kommen wollten.

Ohne die Kaiserlichen kam es tatsächlich zu Ulm nach langen, für Bayern sehr demütigenden Besprechungen zum Waffenstillstand; am 14. März 1647 wurde der Vertrag unterzeichnet. Die Bedingungen waren hart. Bayern mußte die in Württemberg noch besetzten Festungen herausgeben und seine Truppen ins eigene Gebiet zurückziehen — bei der damaligen Verwilderung der Soldateska der Todesstoß für das ausgeplünderte, arme Land.

¹ Zum folgenden vgl. Egloffstein a. a. O. 130 ff.

Der Schritt des Kurfürsten war ein Ereignis von den weitestreichenden Folgen, das notwendig zu weiteren Entschlüssen führen mußte. Maximilian, der Führer der katholischen Stände, blieb den Schweden verdächtig und verhaßt; die Österreicher, deren Lage sich nun noch mehr verschlechterte, sahen ihn als Überläufer an. Er durfte nicht hoffen, lange zwischen den kämpfenden Gegnern neutral zu bleiben, selbst wenn er sein Heer behielt, was aber auch den Ruin heraufbeschwor. Es war also unvermeidlich, bei einer stärkeren Macht Anschluß und Schutz zu suchen. Dafür kam nur Frankreich in Frage.

So spinnen sich nun neue Fäden nach Frankreich, genau zur Zeit, wo die Waffenstillstandsverhandlungen einsetzen. Am 21. Dezember übersandte er seinen Friedensbevollmächtigten den Befehl, mit den Franzosen in Besprechungen über einen Sondervertrag zu treten, für den Fall, daß die Friedensverhandlungen scheiterten¹. Frankreich, dem an der Gewinnung des einflußreichen Kurfürsten sehr viel gelegen war, ging gern darauf ein, bot ihm im Januar Sonderfrieden an und zeigte sich auch sonst sehr entgegenkommend. Am 31. Januar unterzeichnete Maximilian in Wasserburg einen „gewaltbrief“ für Haslang und Krebs zur Abschließung eines particular-tractats mit der „königlichen Majestät und Cron“ Frankreich².

Damals war aber Maximilian zu weiteren Schritten entschlossen, gedrängt durch die Drohungen Österreichs und Schwedens. Im Januar scheint zuerst der Plan aufgetaucht zu sein, in Paris selber mit Frankreich über ein Bündnis zu verhandeln³. Am 25. Januar äußerte der Kurfürst in einem Erlaß, er beabsichtige, demnächst einige seiner Räte nach Paris zu senden, um dem König und seinen „bornehmsten ministris unsere intention sincere und offenherzig zu eröffnen“. Anfang Februar bereits teilte er dann Mazarin seinen Plan mit. Es handelte sich aber schon nicht mehr um Waffenstillstand und Frieden, sondern das Ziel der Gesandtschaft sollten ein Schutz- und Freundschaftsverhältnis bilden⁴.

Zu Anfang April wurden die kurfürstlichen Bevollmächtigten ernannt: der alte, hochgebildete General Jost von Gronselt⁵, damals Statthalter

¹ Egloffstein a. a. D. 150.

² Konzept des Briefes in dem Band R. Schw. 279/2 S. 1.

³ Egloffstein a. a. D. 155.

⁴ Vgl. Riezler in den Sitzungsberichten a. a. D. 499.

⁵ Der Name wird auf verschiedene Weise geschrieben: Gronselt, Gronselt usw. Der Feldmarschall selber unterzeichnete: Gronselt.

in der Festung Ingolstadt, und der Gesandte beim Friedenskongreß in Westfalen: Johann Adolf Krebs. Als „Prinzipalgesandten“ bestimmte der Kurfürst den Grafen Bronsfelt und verlieh ihm zur Hebung seiner Stellung den Titel eines Feldmarschalls. Auch Krebs, ein Vertrauensmann des Kurfürsten, erfuhr eine Rangerhöhung. Am 18. Mai dankte er aus Straßburg seinem Herrn mit untertänigen Worten für die Verleihung einer „würdhlichen Geheimben Rathssiß“. Krebs schien für die schwierigen Verhandlungen wohl besonders tauglich, weil in Paris seine unausgesetzten Bemühungen für Frankreich in der elsässischen Frage wohl bekannt waren¹. Beigegeben wurde den beiden Abgeordneten als Gehilfe der Rizentiat v. Mair, der nach Abschluß der Verträge als bayrischer Resident in Paris bleiben sollte.

Der Kurfürst entschloß sich, seine Bevollmächtigten nicht „in terminis“ von „formal extraordinari ambassadoren“, sondern „in qualitate Abgeordneter“ zu schicken, ein Rangunterschied, der bei dem hochentwickelten Zeremoniell der Zeit nicht ohne Bedeutung war. Als Grund dieser Maßnahme wird in der Instruktion die Beschleunigung und Geheimhaltung der Sendung bezeichnet, wahrscheinlich gaben dabei aber Sparsamkeitsrücksichten den Ausschlag. Jedenfalls hatten die Abgeordneten häufig über Geldmangel zu klagen. In Paris mußten sie gleich ein Darlehen von 3000 Reichstalern aufnehmen, damit sie ohne Schaden für die kurfürstliche Reputation sich an den königlichen Hof begeben könnten. Maximilian hatte ihnen nur 1000 Reichstaler zur Verfügung gestellt, und diese wurden schon bei der Reise aufgebraucht. Sie erhielten nun zwar weitere Wechsel, aber gegen Ende Juli bitteten sie wieder, man möge doch die 3000 Reichstaler einlösen, damit sie nach Abwicklung ihrer Geschäfte „unaufgehalten“ heimkehren könnten.

Nach Maximilians Wunsch sollten die Abgeordneten acht Tage nach Ostern sich in Straßburg treffen und von da „gestradts aufs allerschleunigst nacher Paris“ reisen. Es lag dem Kurfürsten daran, möglichst rasch aus seiner peinlichen und ungewissen Lage herauszukommen. Es ging aber nicht so schnell. Krebs erhielt die Berufung erst am 17. April in Osnabrück, als er mitten in den schwierigsten Verhandlungen mit den Schweden stand. Mitte Mai traf er in Straßburg mit Bronsfelt, der von München über Göppingen, Baden gereist war, zusammen. Bronsfelt brachte

¹ Kiezler a. a. O. 500 f.

neben zahlreichen Kreditiven, Memorialen, Rekommandationen u. dgl. auch die vom 2. Mai datierte kurfürstliche Instruktion für die Abgeordneten mit.

Diese Instruktion, deren Original und Konzept noch erhalten sind, umfaßt nicht weniger als 80 engbeschriebene Foliosseiten. Für die Beurteilung der Person und Politik Maximilians ist sie von hohem Wert. Mit der peinlichsten Sorgfalt sind in ihr alle möglichen Anweisungen gegeben bis hinab zum nebensächlichen und äußerlichen, und die verschiedensten Schwierigkeiten und Lagen bei den Verhandlungen vorgesehen. Schritt für Schritt sieht man später die Verhandlungen nach der Instruktion ablaufen, und nicht oft kamen die Abgeordneten in die Lage, selbständig entscheiden zu müssen. Wo noch ein geringer Spielraum zu eigenem Handeln übrig war, wurde er überdies durch die überraschend schnell folgenden Anweisungen aus München sicher bald eingengt. Nach der Ansicht Maximilians bestand die Aufgabe der Gesandten nur darin, mit „guten Manieren“ und viel Behutsamkeit die kurfürstlichen Entwürfe vorzulegen und mit immer neuen Gründen durchzusetzen.

Höflichkeit, „Civilet“, „gehörige Manier“ sind Eigenschaften, die der Kurfürst fast auf jeder Seite einschärft. Die Abgeordneten sollen sich über die „Curialiteten“ wohl informieren und pünktlich auf die Stunde zu den Audienzen erscheinen. Mit Dank und Anerkennung sollen sie den Franzosen gegenüber nicht sparen. Vor allem aber erhielten sie den Auftrag, des Königs „vornehmsten“ Minister, den allgewaltigen Kardinal „Mazarini“, zu gewinnen. Immer wieder wird gemahnt, zu Mazarin „Zuflucht und Refurs“ zu nehmen, seinen „hochvernünftigen Rat in vorfallenden Sachen zu pflegen“, alles nach seinem „gusto“ einzurichten und ihm in allem zu „obedieren“.

Doch bei aller Unterordnung dürfe nicht der Eindruck aufkommen, als wenn Maximilian aus Furcht zu Frankreich flüchte, sondern es solle erscheinen, daß der bayrische Herrscher nur „aus Lieb“, Affektion und Vertrauen zu der Cron Frankreich“ sein Anerbieten stelle.

Sehr ernst schärft Maximilian die Geheimhaltung ihrer Aufträge den Gesandten ein. Diese Mahnung kehrt in den späteren Befehlen immer wieder. Er wünscht auch, daß die Abgeordneten in Paris von Mazarin und den zu den Verhandlungen zugezogenen Beamten striktes Geheimnis verlangen. Er hatte böse Erfahrungen gemacht. Die Anträge des P. Verbaux vom Jahre 1645 waren durch die Franzosen gleich nach allen

Seiten bekannt gegeben worden, was der Sache der Kaiserlichen sehr geschadet hatte.

Die Aufgaben der Abordnung zählt die Instruktion gleich anfangs auf, um sie dann einzeln der Reihe nach weitläufig zu erläutern. Die bayrischen Vertreter sollten in der geheimen Audienz mit einem Glückwunsch zum Abschluß des Friedens zwischen Spanien und Frankreich beginnen, ein Auftrag, der sich erübrigte, weil der für Deutschland so äußerst wichtige Friede erst lange nach der Negotiation geschlossen wurde.

Danach sollten sie zweitens danken für die Bemühungen Frankreichs um den deutschen Frieden und um weitere Beförderung desselben anhalten. Nach diesen Akten der Höflichkeit folgen nun die eigentlichen Ziele der Gesandtschaft: zunächst die „pfälzische sache“. Frankreich war bisher immer dafür eingetreten, daß Bayern die dem Winterkönig abgesprochene Kurwürde und die Oberpfalz behalte. Gegen die Schweden, welche die kalvinischen Söhne des entthronten Pfälzers wiedereinsetzen wollten, hatte es Bayerns Ansprüche auch durchgesetzt. Aber noch verlangten die Schweden freie Religionsübung in der Oberpfalz und wollten, daß der Bayernherzog auf das Recht der ersten Stimmabgabe auf der Bank der weltlichen Fürsten verzichte, beides Forderungen, denen Maximilian auf keinen Fall sich zu unterwerfen gewillt war. Hier hatten die Gesandten Frankreichs mächtiges Wort für den Kurfürsten aufzurufen.

An vierter und fünfter Stelle stehen dann die wichtigsten Fragen: der Waffenstillstand und das Bündnis mit Frankreich. Noch immer sträubte sich Schweden, den Ulmer Waffenstillstand zu ratifizieren; auch Frankreichs Unterschrift stand noch aus. So schwebte Maximilian ständig in der Sorge, daß die schrecklichen Truppen des gefürchteten Wrangel wieder in sein armes Land einbrechen würden. Die Abgeordneten sollten auf baldigste Ratifikation drängen unter Vorstellung der mißlichen Lage Bayerns zwischen Österreich und Schweden. Aber darüber hinaus sollten sie sorgen, daß die schweren Bedingungen des Ulmer Rezesses, vor allem die Beschränkung der Quartiere auf den bayrischen Kreis, geändert würden. Ein längerer Aufenthalt der Armee in dem ausgesogenen Land bedrohe Bayern mit dem Zusammenbruch und lasse befürchten, daß die unzufriedenen Truppen zu den Kaiserlichen übergingen.

Der Bündniskentwurf, der den Gesandten mitgegeben wurde, umfaßt elf Artikel; er gleicht im wesentlichen dem Vertrag, der 1631 geschlossen worden war. Die Allianz und Protektion solle vorläufig zehn Jahre

dauern. Beide Mächte garantieren sich den Besitz der alten und der neu erworbenen Länder, also der Oberpfalz und des Elsasses, sowie aller damit verbundenen Ehren und Gerechtsame gegen jeden Feind. Bayern sollte mit 3000 Mann zu Fuß und 1000 zu Pferd „effective sambt darzu gehöriger artilleria“, Frankreich mit 9000 bzw. 3000 Mann dem angegriffenen Teil zu Hilfe kommen. Wie 1631 behielt sich Maximilian aber auch diesmal vor: „Jedoch wollen wir Unserer Pflicht, aydt, mit welchen wir Ihrer Kay. Mt. und dem Röm. Reich verbunden, auch was wir in Crafft solcher derselben zu leisten schuldig sind, hirmit expresse außgenommen, reservirt und bedingt haben; Inmaßen dan diese reservat auch in der A°. 1631 aufgerichteten Verbündtnus außdrücklich bedingt worden.“

Als sechster Nebepunkt war am Schlusse die Rede von dem Fall eines künftigen Religionskrieges. Es ist, als ob Maximilian bei der Niederschrift dieses Theiles seiner Instruktion schon das kommende Schicksal der ganzen Sendung geahnt habe. Mit tiefem Ernst legt er die gefährliche Lage der katholischen Kirche in Deutschland vor. Wenn die Schweden und Protestierenden noch weiter bei ihren übermäßigen Forderungen stehen blieben, während die katholischen Stände schon bis zu den Grenzen des Erlaubten entgegengekommen sind, so sei es unzweifelhaft, daß sie keinen Frieden, sondern die Vernichtung der katholischen Religion wollten. Die Raubzüge der Schweden trotz des Waffenstillstandes deuteten auf gleiche Absichten. Sei einmal das übrige Deutschland in ihrer Hand, so würden sie vor Bayern nicht haltmachen, und danach trete die Protestantisierung von ganz Europa — auch von Frankreich — in greifbare Nähe. Das solle der Cardinal sich wohl vor Augen halten. Das katholische Frankreich und der Allerschristlichste König sollten doch für die arg bedrängte deutsche Kirche eintreten und sich ein Beispiel an Schweden nehmen, das die Forderungen der Protestanten überall unterstütze. Sicher beabsichtigt hier die Instruktion, Frankreich von Schweden abwendig zu machen, ja für einen Augenblick läßt Maximilian den Plan eines katholischen Weltbündnisses aufsteigen. Aber es regt sich dann gleich der Zweifel, ob Frankreich für solche Ziele zu gewinnen sei, und es mehren sich die Mahnungen an die Abgeordneten, diese Dinge mit größter Vorsicht zu behandeln, damit ja nicht der Verdacht auftauche, als sei es ihre Aufgabe, Frankreich und Schweden zu entzweien. Der Kurfürst will es zufrieden sein, wenn Frankreichs Neutralität in dem kommenden Krieg der Katholiken gegen Schweden erreicht wird, oder durchgesetzt wird, daß die

Protestanten durch Frankreichs Einfluß von ihren übertriebenen Ansprüchen zurücktreten.

Mit dieser ausgiebigen Anweisung ließ Maximilian es sich nicht genügen. Ausführliche, seitenlange Befehle — oft mehrere in der Woche — folgen nun im Anschluß an die ständig wechselnde Lage auf dem Friedenskongreß in Westfalen und die hin und her gehenden militärischen Ereignisse. Eigentlich neue Aufgaben werden aber nicht mehr gestellt. Wechselnd werden die pfälzische Angelegenheit, die Quartierfrage und zuletzt vor allem die Gefahr des Religionskrieges besonders der raschesten Lösung empfohlen.

Am 16. Mai endlich kündigte der Graf von Gronsfelt dem ungeduldig wartenden Kurfürsten an, daß er mit Krebs am nächsten Tage über Nancy abreisen wolle. Man rate ihnen zwar ab, diesen Weg zu nehmen, da er zu gefährlich sei; sie wollten aber in Gottes Namen es dennoch wagen und sich so vorsehen, daß sie der Gefahr entinnen möchten. Bis Zabern kamen sie auch unangefochten; hier lehrten sie jedoch auf Rat des Kommandanten um, weil gefährliches Kriegsvolk den Weg versperre. Sie wählten nun die Strecke über Mömpelgard durch Burgund und die Champagne. Am 27. waren sie in Langres und trafen am 3. Juni in Paris ein. Inzwischen war aber der Hof und Cardinal Mazarin nach Amiens abgereist.

Der Pariser Nuntius, der die Abgeordneten nach der Hoffitte nicht offiziell empfangen durfte, ehe sie dem Könige vorgestellt waren, gewährte ihnen eine Aussprache in einer Kirche. Als sie ihm von der traurigen Lage der deutschen Kirche sprachen, die ohne baldigen Frieden dem Untergang verfallen sei, warnte er sie, derlei Gründe an dem Königshofe vorzubringen. Damit würden sie wenig Eindruck bei den Franzosen machen, die mit Schweden über die Aufteilung Deutschlands sich längst verständigt hätten. Maximilian war von dieser Besprechung mit dem Nuntius, der es mit Spanien halte, wenig erbaut und erinnerte seine Abgeordneten an die Pflicht des Schweigens.

Von Paris sandten Gronsfelt und Krebs den Lizentiaten Mair mit den Kreditiven nach Amiens; schon nach zwei Tagen kam er zurück und überbrachte eine schmeichelhafte Einladung Mazarin's, baldigst an den Königshof überzusiedeln. Doch wegen ihrer Geldverlegenheit verschob sich die Abreise noch bis zum 15. Juni.

Nun folgen in den Berichten der Abgeordneten die Schilderungen über die verschiedenen Audienzen und „Visiten“ am Hofe, bei denen endlose

Komplimente ausgetauscht und die eigentlichen Fragen nach der Sitte der Zeit noch nicht berührt wurden. Nur bei einem Besuche bei dem Staatssekretär, dem Conte de Brienne, brachten die Gesandten die traurige Lage der Kirche Deutschlands zur Sprache. Als er ihnen entgegnete, Frankreich wolle den Frieden, die Kaiserlichen seien die Kriegsverlängerer, da verließ die bayrischen Bevollmächtigten die ihnen so sehr anbefohlene diplomatische Zurückhaltung. Wenn Frankreich seine Beteuerungen ernst seien, so solle es die Subsidien an Schweden „subtrahieren“ und sein Heer aus Deutschland „avocieren“; „denn die Worte nichts gelten, wan dahingegen der Marschal Touraine mit den Armaden ganz widrige officia praestiere, sondern würdt dißes alles vor ein pur lauthere moguerie gehalten“. Mit einem gewissen Selbstgefühl berichteten die Abgeordneten, daß der Staatssekretär darauf nichts „mit fundament“ hätte antworten können. Aber Maximilian war mit diesem Anfang der Verhandlungen nicht einverstanden.

Die eigentlichen Besprechungen begannen erst am 22. Juni mit einer langen Audienz bei Mazarin. Der Cardinal ließ den beiden Gesandten gegenüber seine ganze Liebenswürdigkeit spielen und machte ihnen vertrauliche Mittheilungen über Frankreichs unsicheres Verhältniß zu Schweden. Auf die vier ersten Punkte der negociacion, die sie diesmal vorlegten, gab er entgegenkommende Antworten. Aber eigentlich hatte er doch nur in der pfälzischen Angelegenheit ein volles Ja für die Wünsche der Bayern. In allen andern Fragen waren die Antworten bedingt und eher Vertröstungen als sichere Zusagen. An einer Stelle aber klang es wie Warnung, wie ein erster Druck: auch Dänemark habe unlängst ein Bündniß begehrt, man habe aber „wol vermercht, daß die intention gegen die Kron Schweden stark gerichtet gewesen; er wolle nit hoffen, daß der Kurfürst dergleichen begeren werde“. Am 25. Juni ließ der Cardinal die Abgeordneten bitten, einen Bündnißvorschlag einzureichen.

Erst Anfang Juli hatten die Gesandten eine weitere Audienz bei Mazarin; nach Wiederholung ihrer früheren Anliegen setzten sie in ausführlicher Rede die Noth der katholischen Stände Deutschlands und die Gefahr für einen Religionskrieg auseinander. Auch diesmal machte der Cardinal weitgehende Versprechungen. Er stellte Neutralität in Aussicht, wenn Bayern auf der Seite des Kaisers in den Religionskrieg gegen die Schweden ziehen müsse. Selbst als die Abgeordneten noch weiter gingen und ein Bündniß zwischen Frankreich und dem Kaiser in Vorschlag

brachten, lehnte er nicht ab, sondern bemerkte nur, die Frage sei belanglos, da der Friede unmittelbar bevorstehe und Schweden nachgeben wolle. Die Quartierfrage, die den Abgeordneten so sehr am Herzen lag, machte der Staatsmann mit nichts sagenden Worten ab, und das Bündnisprojekt berührte er trotz der Frage der Gesandten überhaupt nicht. Das war den bayrischen Bevollmächtigten auffällig, dennoch waren sie voll guter Hoffnung, und schon schrieb Krebs nach München, er hoffe bald zurückkehren zu können, da alles glatt vorstatten gehe. Es sollte aber noch anders kommen.

In den Verhandlungen beginnen nun lange Wochen der Verschleppung und des Hinhaltens. Der Hof verreise nach Calais und bedeutete den Gesandten, die sich zur Begleitung anboten, in Paris die Rückkehr des Königs abzuwarten. Nach dem Eintreffen Mazarins in der Hauptstadt gelang es den bayrischen Unterhändlern nur selten, eine Audienz zu erlangen. Wenn sie aber endlich berufen wurden, erhielten sie in den Anliegen, in denen der Kurfürst immer stärker drängte, nur hinhaltende Antworten. Am 26. August eröffnete der Kanzler den ungeduldrigen Gesandten die wahre Lage: trotz Bayerns Forderung der Geheimhaltung hatte er die Anträge des Kurfürsten den Schweden unterbreitet; denn so wertvoll das bayrische Bündnis auch sei, Schweden könne Frankreich dafür nicht opfern. In der gleichen Audienz stellte Mazarin an Bayern das Ansinnen, ihm ein Hilfskorps von 3000 Mann in seinem gegenwärtigen Kampfe zur Verfügung zu stellen. Damit lag es klar zutage, was Frankreich wollte und warum es die Verhandlungen hinzog.

Maximilian hatte diese Wendung schon längst kommen sehen. Angesichts des unveränderten rücksichtslosen Vorgehens der Schweden gegen die katholischen Stände konnte er nicht zweifeln, daß sein Versuch, Frankreich zur Unterstützung der Katholiken im Reich zu bewegen, gescheitert sei. Ein Brief des Kurfürsten vom 24. Juli zeigt schon deutlich den Umschwung. Er weist die Gesandten an, die religiösen Beweggründe und Ziele zurücktreten zu lassen, da diese „Am Königl. Hoff wenig angesehen werden, vilweniger ainigen Versang oder nachtruchliche würkhung haben, sondern daß andere principia und maximae bey dem Cardinal vorzuziehen“. Wer die tiefe religiöse Überzeugung eines Maximilian in Rechnung stellt, wird leicht zugeben, daß er beim Schreiben dieser Worte mit Frankreich innerlich schon gebrochen hatte. In dem gleichen Schreiben gibt er auch Befehl, nicht mehr weiter wie bisher auf die „Clargierung“ der Quartiere, die ihm so

sehr am Herzen lag, zu bringen, da man ja offenbar nicht entgegenkommen wolle, sondern nur noch eine Unterstützung in Geld zu erbitten. Nicht ohne tiefere Bedeutung ist es schließlich, daß er in dem Briefe zwei Änderungen in dem Bündnissentwurf, den die bayrischen Unterhändler eingereicht hatten, verlangt: es solle nicht von „ewiger“ Freundschaft gesprochen werden, und die ausdrückliche Erwähnung von Österreich, als allfälligem Gegner, müsse unbedingt unterbleiben.

Gegen Ende Juli waren die hoffnungsfrohen Berichte der Abgeordneten über die ersten Audienzen in München angelangt. Maximilian traute offenbar den Versprechungen nicht recht; denn er mahnte die Abgeordneten, eine schriftliche Erklärung hierüber zu verlangen. Er verbot ihnen, den Vorschlag eines großen Bündnisses der katholischen Mächte noch einmal zu machen. Der nächste Brief vom 7. August geht noch weiter; er enthält die Weisung, in der Allianzsache nicht mehr zu drängen, sondern die Vorschläge der Franzosen abzuwarten. Dazu enthält der Brief die auffällige, nicht weiter begründete Weisung an Dr. Krebs, sich zur Abberufung bereit zu halten. Gronsfelt war schon am 6. Juli nach dem Verrat des bayrischen Generals Johann von Werth zurückbeschieden worden, um die Führung der bayrischen Armee zu übernehmen. Bei seiner Rückkehr, Anfang August, wird er wohl mündlich auch manche peinliche Erfahrung mitgeteilt haben.

Am 9. August traf die früher so oft erbetene Ratifikation der Schweden endlich in München ein. Aber die Abgeordneten erhielten nicht wie sonst den Auftrag, Mazarin den Dank des Kurfürsten auszusprechen, wiewohl es den französischen Diplomaten wahrscheinlich genug Mühe gekostet haben mag, die Schweden zu diesem Schritt zu drängen. Vielmehr übersandte ihnen Maximilian die Abschrift seines Briefes an Wrangel. Bitter beklagte sich darin der Kurfürst, daß der Vertrag nicht gehalten werde, indem die Stifte besetzt würden, die in den Waffenstillstand miteingeschlossen seien. In allen Schreiben an die Abgeordneten vom August läßt Maximilian keinen Zweifel mehr, daß er entschlossen sei, gegen die Schweden „causam Dei et religionis“ zu verteidigen.

Am 21. August erfolgte die Abberufung des Dr. Krebs und die Einsetzung des Vizenziaten Mair zum ständigen Residenten in Paris. In dem gemeinsamen Schreiben an Krebs und Mair hieß es, daß Krebs wieder dringend in Münster nötig sei. Aber in einer chiffrierten Nachschrift lautete es ganz anders: das sei gar „nit unser Will und Meinung,

sondern wir haben dieses Verfahren allein zu dem endt angezogen, damit deine Abforderung dem Herrn Cardinal und anderen französischen ministris desto weniger nachgedenken mache". Warum wurde Krebs zurückgeholt? Ob vielleicht seine franzosenfreundliche Gesinnung dazu den Anlaß bot? Auffällig ist, daß Krebs nach Eintreffen dieses Befehls noch mehrere Wochen in Paris weiter verhandelte; erst am 7. Oktober verließ er die französische Hauptstadt.

Inzwischen nahmen die Ereignisse ihren notwendigen Gang. Im September trat Maximilian von neuem auf der Seite des Kaisers in den Krieg gegen die Schweden. Trotzdem wurden die Besprechungen über das Bündnis zwischen Frankreich und Bayern noch bis in den Dezember hinein fortgesetzt. Dem Kurfürsten lag viel daran, Frankreich in dem neuen Feldzug neutral zu erhalten. Das Abkommen mit dem Kaiser war daher so gefaßt, daß es die Franzosen in keiner Weise reizen konnte.

Frankreich war übrigens selbst ganz froh, noch eine Zeitlang in seiner Neutralität verbleiben zu können, da es noch nicht hinreichend gerüstet war¹. Aber Schweden, das vor den Heeren des Kaisers und Kurfürsten zurückgehen mußte, drängte zum Krieg. Am 29. Dezember 1647 — also fast genau ein Jahr, nachdem Maximilian den Befehl zur Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen gegeben hatte — erschien ein Reiter Turennes in München und überbrachte im Namen seines Königs die Aufkündigung des Waffenstillstandes. Sie war begründet mit dem Bündnis, das Frankreich zur Hilfe an Schweden verpflichtete. Der zweite Versuch Maximilians, mit Frankreich ein Bündnis einzugehen, war gescheitert. Frankreich und Bayern traten als Feinde in das letzte Jahr des langen Krieges ein.

Warum ist der Versuch gescheitert? Weil Maximilian sich nicht mißbrauchen lassen wollte zu einer Politik, die ihn zum Verräter am Reich und an seinem katholischen Glauben gemacht hätte. Er suchte bei Frankreich sein Bayerland sicherzustellen und hoffte mit Hilfe der Franzosen Frieden dem Vaterland und Schutz der bedrängten Kirche zu gewinnen. Das wollte aber Frankreich nicht, es strebte einzig nach Machterweiterung. Man kann wohl kurz sagen, der Versuch des Kurfürsten von 1647 mißlang, weil Maximilian Idealist, Mazarin Imperialist war.

¹ Vgl. Kiezler in den Sitzungsberichten a. a. O. 538 f.

Nach dem Westfälischen Frieden trat Frankreich seinerseits mit Bündnisvorschlügen an Maximilian heran; doch diesmal lehnte der Kurfürst ab. Aber bei seinen Nachfolgern brach der alte Gegensatz zwischen Bayern und Österreich, Wittelsbach und Habsburg, wieder zu hellen Flammen aus, und mit geschichtlicher Folgerichtigkeit schlugen Bayern und Franzosen vereint viele Schlachten gegen Österreich. Preußen war damals öfters Bayerns Bundesgenosse.

Im 19. Jahrhundert tritt der Streit zwischen Österreich und Bayern zurück, nachdem Preußen Österreich überflügelt hatte. Beide vereinigen sich im Kampf gegen die neue norddeutsche Vormacht. Auch hier spielt Frankreich wieder seine alte Rolle.

Die *Revue des deux mondes* beginnt in ihrem ersten Septemberheft eine Artikelreihe über den bayrischen Partikularismus von 1871 bis 1914 aus der Feder von Julien Robère¹. In dem ersten Artikel wird ausgeführt, daß weite Kreise im katholischen Bayern bis in die neueste Zeit vom katholischen Frankreich Unabhängigkeit und den Sieg des deutschen Katholizismus über den Protestantismus erwartet hätten — also Ziele, ähnlich jenen, die Maximilian I. 1647 im Anschluß an Frankreich erstrebt hatte. Erst der Kulturkampf in Frankreich und der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands nach 1870 unter preußischer Führung habe die alten Hoffnungen verdunkelt.

Ob sie heute wieder laut und mächtig werden? Die Not in Deutschland ist ja wieder groß wie 1647. Feinde stehen auf allen Seiten. Wieder ist Deutschland im Innern zerrissen und von krasser Selbstsucht durchseucht. Da mag wohl das Auge sorgend nach Hilfe ausschauen.

Aber groß sind auch die Unterschiede zwischen 1647 und jetzt. 1647 war ein langer Zeitraum der Auflösung und Schwäche des Reiches vorausgegangen. Wir sahen Deutschland im Glanze seiner Einigkeit und Macht. Wenn Deutschland sich von Idealen leiten läßt, wie einst Maximilian, von Religion, Liebe zur engeren Heimat und Treue gegen das große Vaterland, wird kein Mächthunger anderer ihm dauernd schaden.

¹ *Le Particularisme Bavaois de 1871 à 1914* (*Revue des deux mondes* 1920, 509. Band, 167 ff.).